



JBN Landesvorstand

Antrag zur Frühjahrs-Jugendvollversammlung 2014

Frischer Wind für die Energiewende

1 Die Bayerische Staatsregierung hat unmittelbar nach Fukushima einen gewaltigen
2 energiepolitischen Sprung nach vorne getan. Dem bayerischen Wappentier gleich ist
3 der amtierende Ministerpräsident los gesprungen, wie ein Löwe, der die kommenden
4 Generationen vor Klimawandel und Atomkraft schützen wird. Nun droht eben dieser zu
5 landen, wie ein staubiger Bettvorleger. Vor diesem Schicksal, das auch das Schicksal der
6 Energiewende und damit der Jugendlichen in Bayern sein könnte, soll der
7 Ministerpräsident bewahrt werden. Darum erinnert die Jugendorganisation BUND
8 Naturschutz die Bayerische Staatsregierung an ihr Ziel: 50% erneuerbarer Strom bis
9 2021!

10 Um die Hälfte des Bayerischen Stroms erneuerbar zu erzeugen, wie es das
11 Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung vorsieht, wird auch Windkraft
12 benötigt. Unmittelbar nach Fukushima hat die Bayerische Landesregierung daher in
13 ihrem Energiekonzept: „Energie innovativ“ beschlossen, auch den Ausbau der
14 Windkraft in Bayern voran zu treiben. Als realistisch wurden 1.000 bis 1.500 neue
15 Windkraftanlagen angesehen. Bis zum Jahr 2021 soll die heimische Windenergie mit
16 diesen Maßnahmen 6 bis 10% (2009 rd. 0,6%) des Stromverbrauchs Bayerns decken.
17 An diesem Ziel ist festzuhalten! Die willkürliche Abstandsregelung „10 H“ muss
18 aufgegeben werden. Die Windkraft darf nicht ausgebremst werden – es braucht, im
19 Gegenteil, neuen Wind für die Energiewende in Bayern!

20 Zahlreiche Demonstrationen, offene Briefe und Bürgeraktionen der bayerischen
21 Landbevölkerung haben gezeigt, dass sie Windkraftanlagen zu einem weit größeren Teil
22 befürworten, als ablehnen. ¹

23 Wenn dem Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern weiterhin Steine in den Weg
24 gelegt werden, führt das zu unverzeihlich längerer Nutzung der fossilen Energieträger
25 Atomkraft, Kohle und Erdgas. Dies treibt den Klimawandel noch weiter voran, schädigt
26 damit unwiederbringlich die natürlichen Lebensgrundlagen und gefährdet so die
27 Zukunft der bayerischen Jugend.

28 Zentrale Forderungen der Jugendorganisation BUND Naturschutz für die Energiewende
29 sind daher:

- 30 • Das Festhalten am selbst gesetzten Ziel der Bayerischen Staatsregierung: 50%
31 erneuerbarer Strom bis 2021 für Bayern
- 32 • Die Zurücknahme der Abstandsregelung „10 H“ für Windkraftanlagen
- 33 • Die Förderung der Ausbildungsplätze, Forschung und Studiengänge in der
34 Branche der Erneuerbaren Energien

¹ Dies ergibt eine von Emnid erhobene Studie, die von Campact in Auftrag gegeben wurde.
<http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/02/TNS-Emnid-Bayern.pdf>, abgerufen am 05.03.14

- 1 • Das Festhalten an einer generationengerechten Energiepolitik: Erneuerbare
2 Energien ausbauen, Einsparung und Effizienz!
- 3 • Die energetische Sanierung der bayerischen staatlichen Gebäude und
4 Einrichtungen.

5 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz beschließt seine Position der Bayerischen
6 Staatsregierung nahe zu bringen und frischen Wind für die Energiewende in Bayern zu
7 fordern: Die heute junge Generation hat bereits erfolgreich für den Atomausstieg
8 gestritten, jetzt gilt es ihr den Weg für den Zukunftsmarkt erneuerbare Energien weit zu
9 öffnen.

10 Die bayerischen Jugendlichen wollen ihre Zukunft selbst mitgestalten und erhalten,
11 indem sie aktiv gegen den Klimawandel vorgehen. Die dezentrale Energiewende „von
12 unten“ darf nicht ausgebremst werden!

13 Die Bayerische Staatsregierung hat am 24. Mai 2011 unter dem Eindruck von
14 Fukushima ein umfassendes Energiekonzept: „Energie Innovativ“ beschlossen. Darin
15 bekundet die Bayerische Staatsregierung neben vielen weiteren Ausbauzielen unter der
16 Überschrift: „Was wir wollen“ – „Die Errichtung von 1.000 bis 1.5000 neuen
17 Windenergieanlagen bis zum Jahr 2021 für realistisch“ zu halten (S.12 ff). Knapp drei
18 Jahre später erfolgt von der Bayerischen Staatsregierung eine Kehrtwende
19 sondergleichen: Durch eine am 4. Februar 2014 beschlossene Abstandsregelung wird
20 der Zubau von Windkraft in Bayern faktisch beendet. Unter dem Kürzel „10 H“ wird
21 festgelegt, dass der Abstand von Windrad zu Wohnhaus zehnmale dessen Höhe, also
22 rund 2000 Meter mindestens betragen muss. Aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz
23 ergibt sich ein Abstand für Windkraftanlagen von knapp 800 Metern. Die übrigen 1200
24 Meter sind vielleicht am ehesten als politischer Abstand zur Windkraft zu umschreiben.

25 Unmittelbar betroffen von diesem politischen Abstand zur Windkraft sind all jene
26 Bürger und Gemeinden, die bereits begonnen haben die Energiewende umzusetzen und
27 in eine generationengerechte und ökologische Energiegewinnung investiert haben.
28 Ihren Planungen wurde die Rechtssicherheit genommen. Betroffen sind aber auch die
29 kommenden Generationen, die auf saubere Energiegewinnung angewiesen sind, um
30 sowohl mehr Atommüll als auch eine Erderwärmung von mehr als 2 Grad zu
31 vermeiden.

32 In einem besonderen Maße sind die vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen
33 betroffen, die bei der Berufswahl bereits die zukunftsfähige und hoch innovative Wahl
34 für die Energiewende und erneuerbaren Energien getroffen haben. Diese Wahl gilt es zu
35 bestärken und nicht durch beständige politische Unsicherheiten zu erschweren. Die
36 heute junge Generation im Handwerk und an den Universitäten braucht eine
37 verlässliche Politik, um verlässlich neue Innovationen in deutscher Qualität liefern zu
38 können und ihre Berufswahl nicht im Nachhinein bereuen zu müssen.

39 Vor diesem Hintergrund ist es für die Jugendorganisation BUND Naturschutz geboten,
40 die Bayerische Staatsregierung sowohl an ihre eigenen Ziele: 50% Erneuerbarer Strom
41 bis 2021 und ihre verfassungsmäßige Aufgabe: Art. 83 Stromversorgung liegt im
42 Wirkungskreis der Gemeinden (und damit nicht bei der Landesregierung) und Art. 141
43 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sowie die Notwendigkeit der Rechts- und
44 damit Planungssicherheit für die Energiewende, zu erinnern.